

INTERVIEW: A.T. VOGEL

„Wir haben die theoretische und praktische Ablehnung des Bestehenden erweitert.“
Guerrillaerfahrung und Widersprüche im globalen Klassenkampf.

Redaktion: Wer eine Geschichte erzählen will, braucht einen Anfang und platziert sich damit in einem Geflecht von Geschichten und einem Gewirr von Stimmen, die durcheinanderreden und sich dabei oft widersprechen. Du wirst von der Geschichte der Stadtguerilla in Deutschland sprechen: Womit willst Du anfangen und wem wirst Du widersprechen?

Andreas-Thomas Vogel: Ich wähle nicht einen, sondern zwei Anfänge. Der erste führt in die Jahre nach 1968 und damit in die Zeit zurück, in der die Stadtguerilla entstand. Der zweite liegt weit vor dieser Zeit und ist trotzdem nicht weniger wichtig. Um mit dem zweiten anzufangen: am Beginn unseres bewaffneten Kampfes steht die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und der Niederlage der KPD. Das war es, was einer Linken in Deutschland nie wieder passieren sollte: dass die größte kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion im Grunde in einer Nacht abgeräumt wird. Zehntausend Kader wurden verhaftet und damit der notwendige unmittelbare Widerstand gebrochen. Drei Millionen Mitglieder warteten im Augenblick der Gefahr auf das Signal aus Berlin oder Moskau zum bewaffneten Aufstand, das niemals kam. Deshalb stellten wir die Frage der Gegenmacht schon beim ersten Auftreten, mit der Herausbildung einer kämpfenden Organisation, die uns von Anfang an die Möglichkeit selbständigen Handelns eröffnen sollte. Im Gegensatz zu dem, was heute über uns und überhaupt über die Neue Linke erzählt wird, bestimmten wir die Form und die Mittel unseres Kampfes also gerade aus der Reflexion auf den Faschismus. Unser

Schluss trennte uns von DKP, SDAJ und den K-Gruppen, die allein positiv an die Politik der historischen KPD anknüpften. Bei mir beruhte das auf persönlicher Erfahrung, weil ich aus der Gründungsphase der SDAJ Ende der 60er Jahre kam.

Die Reflexion auf den Faschismus bei Teilen der heutigen Antifa und erst recht bei den Antideutschen führt zu einer völlig ahistorischen Übertragung der damaligen Konstellation auf die Gegenwart. Wir dagegen bestimmten, und das war unser zweiter Ausgangspunkt, vom Faschismus aus den spezifischen Unterschied der damaligen Situation. Und die war durch die internationale Dimension der Revolten bestimmt, die uns mit den Kämpfen des Südens, aber auch mit denen im sog. sozialistischen Lager verband, z. B. den Kämpfen in Polen 1970. Das war eine absolut neue Situation, und erst in der Verbindung der Konsequenzen, die wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zogen, mit den so noch nie da gewesenen Möglichkeiten der Gegenwart entstand unser eigener Prozess. Das ergibt sich erst Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, nach 1968 also. Aber wir kämpften auch gegen die postfaschistische Zurechtweisung Westdeutschlands, gegen die Meister in den Betrieben, den autoritären Schul- und Unibetrieb... Wäre 1968 nur eine Studentenbewegung gewesen, wären die Umbrüche nicht in jeder Fabrik, jeder Schule, letztlich jedem Dorf spürbar geworden.

Die Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungskämpfen war auch vor euch schon wichtig. Worin bestand das Neue etwa

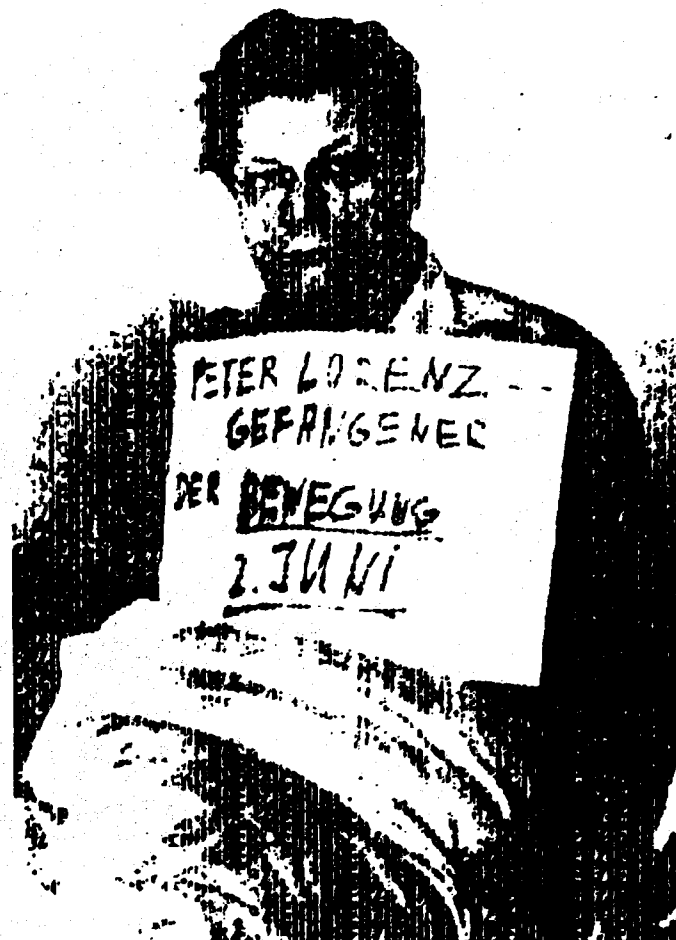
gegenüber der Algeriensolidarität Anfang der 60er Jahre?

Das Neue lag darin, dass es um mehr als nur um Solidarität, sondern um einen gemeinsamen Kampf ging. Man betrachtet die antikolonialen Befreiungskämpfe heute als eine Art Anachronismus, als von im Grunde bürgerlichen Bewegungen unternommenen Versuch einer nationalen Befreiung im strikten Sinn des Worts. Aber das war für uns gar nicht der Punkt, da gab es auch wenig Illusionen. Entscheidend war, dass die antiimperialistischen Kämpfe innerhalb eines real internationalen Kampfes geführt wurden, der auch und gerade in den Metropolen zu entscheiden war. Das war der Sinn der Formel von der „Einkreisung der Städte durch die Dörfer im Weltmaßstab“

(Lin Biao), in der sich der politische Einsatz einer Linken verdichtete, die sich spontan, aber auch organisiert weltweit aufeinander bezog: Wir kämpften hier, andere in Vietnam oder Lateinamerika, gemeinsam kämpfen wir gegen den selben Feind und erst der Zusammenhang entscheidet, was damit möglich wird. Im Blick zurück hängt alles davon ab, ob man von diesem Einsatz und damit von der historischen Perspektive der Beteiligten ausgeht oder nur von dem, was tatsächlich erreicht wurde. In diesem Fall schreibt man zwangsläufig die Geschichte der Sieger und nimmt den Unterlegenen noch ihre Möglichkeiten, die nach einer Niederlage natürlich nur als illusorisch erscheinen. Ich denke aber, dass die „Ein-

Die Niederlagen der Linken und der sozialen Bewegungen vollenden sich erst im Verlust der historischen Erfahrung, in dem vergessen und verdrängt zu werden droht, warum und für welche einstmals offene Möglichkeit der Kampf überhaupt gewagt wurde. Die Verdrängung resultiert vor allem daraus, dass es die Sieger sind, die über die Geschichte verfügen. Linke Politik ist deshalb immer auch Geschichts- und Erinnerungspolitik, die das Gewordene nur dann erklärt, wenn sie dabei das möglich Gewesene zu retten versucht. Nur aus der Erinnerung der unerfüllt gebliebenen Möglichkeit heraus wird Kritik, auch die Kritik der eigenen Geschichte, zur Voraussetzung des Neubeginns. In einer Zeit, in der der Fortbestand von Herrschaft durch eine Militärmaschinerie noch nie dagewesenen Ausmaßes gesichert werden soll, gilt das auch und gerade für die von Marx überlieferte Einsicht, nach der die Waffe der Kritik bisweilen auf die Kritik der Waffen angewiesen ist.

[aus „Fantomas, magazin für linke debatte und praxis“ Nr. 3/2003.]





kreisung der Städte durch die Dörfer“ real möglich war, und wenn ich heute die Kämpfe von damals kritisiere, gehe ich von dieser Möglichkeit aus. Dadurch bleibt die Geschichte offen.

Du hast von einem doppelten Anfang gesprochen, nach der Niederlage der kommunistischen Bewegung im Faschismus und im weltweiten antiimperialistischen Kampf. Wie habt ihr beides zusammengeführt?

Für uns kam das in unserem Begriff des Klassenkampfes zusammen. Die kommunistische Bewegung hatte das revolutionäre Subjekt in der industriellen Arbeiterklasse vorausgesetzt. Der Klassenkampf erschien ihr als kontinuierlicher Fortschritt, der schlimmstenfalls behindert, aufgehalten oder unterbrochen werden könnte. Unser Ausgangspunkt war die endgültige Niederlage dieser Politik im Faschismus und die Erfahrung, dass die industrielle Arbeiterklasse der Metropolen im weltrevolutionären Zusammenhang die Funktion einer „Arbeiteraristokratie“ einnahm. Das führte uns zu zwei grundlegenden Neuerungen: Die Klasse ist nicht gegeben sondern bildet sich erst im Kampf, und dieser Kampf ist kein steter Fortschritt, nichts statisches, sondern muss immer neu begonnen werden. Und weil wir aus einer Position der Schwäche beginnen mussten, nach dem Faschismus und im internatio-

nen Zusammenhang, wollten wir den Klassenkampf selbst allererst freikämpfen, als Voraussetzung der Konstitution einer kämpfenden Klasse. Der Ort dafür waren dann weder die Fabrik noch das Stadtviertel, sondern allein der Kampf selbst, der überall geführt werden musste, und sein Subjekt waren nicht die Arbeiter sondern alle, die zu kämpfen begannen, egal wo sie herkamen. Aus der Position einer radikalen Minderheit hieß das: die staatliche Einkreisung in exemplarischen Aktionen durchbrechen um zu zeigen, dass und wie man kämpfen und siegen kann. Zugleich ging es darum, dem Gegner, aber auch denen, die man gewinnen wollte, zu zeigen, dass es einem ernst war, dass der Kampf den Einsatz der eigenen Subjektivität verlangte – gerade weil es kein „revolutionäres Subjekt“ gab, sondern dieses Subjekt erst zu schaffen war. Das einzige, was wir voraussetzten, war der weltrevolutionäre Zusammenhang als reale Möglichkeit. Objektiv war der Übergang zum Kommunismus in den Metropolen möglich, wir wollten die subjektive Voraussetzung dafür mitschaffen.

Damit sind wir aber mitten in der Kritik, die heute an der Guerilla und überhaupt an der undogmatischen antiimperialistischen Linken geübt wird, die Kritik z. B. an einer Strategie der Eskalation, die den Faschismus regelrecht hervor-

kitzeln will und sich dabei an einer Rhetorik des Antirevisionismus und Antireformismus berauscht, die mit äußerst fragwürdigen Begriffen und Parolen hantiert, denken wir an die Gleichstellung der USA mit dem Dritten Reich, der die Darstellung der BRD als einer „US-Kolonie“ entsprach.

Ach, das ist eine typisch deutsche und zugleich eine akademische Angelegenheit, weil da eine Entwicklung nicht aus dem realen Geschehen beurteilt wird, sondern allein anhand von Texten, in denen man natürlich immer fündig wird. Die Wörter werden als etwas Endgültiges genommen, und dabei übersieht man, dass mit ihnen etwas Neues gedacht werden sollte, unter Bedingungen, über die wir gerade hinaus wollten. Als die RAF 1972 die Einrichtungen des US-Militärs in Deutschland angriff, die in den Vietnamkrieg einbezogen waren, waren wir auch mit der Teilung Deutschlands, der Einbeziehung in die konkurrierenden Blöcke, dem Verhältnis USA-BRD und somit der begrenzten Souveränität der BRD konfrontiert, und im imperialistischen Machtgefüge verstanden wir uns als Teil des weltweiten antiimperialistischen Widerstands, in organisierter Verbindung mit lateinamerikanischen und palästinensischen GenossInnen. Da wurden radikal unterschiedliche Erfahrungen ausgetauscht, für die angemessene Begriffe erst zu schaffen

waren. Natürlich war da vieles von Anfang an falsch, Parolen wie „USA-SA-SS“ und die Bestimmung der BRD als „US-Kolonie“. Und natürlich war es eine Relativierung des Faschismus, wenn wir z. B. von „Reformfaschismus“ gesprochen haben. Aber es ging uns bei allem gar nicht um unsere Bewertung des Dritten Reiches, sondern um die Bestimmung der Gegenwart, z. B. um den Zusammenhang von Kapitalismus und repressiver Modernisierung, der war für den Faschismus wesentlich und für das, was jetzt vor sich ging. Natürlich würde ich heute die Hochsicherheits-trakte nicht mehr als „KZ“ bezeichnen und „Staatsschutz“ nicht mehr mit „SS“ abkürzen. Und im hundertsten Flugblatt, in dem das auftauchte, war das tatsächlich unerträglich geworden.

Was andererseits Antirevisionismus und Antireformismus angeht, die ja auch für die Spontis und die K-Gruppen prägend waren, da ist neben der historischen Rolle von Sozialdemokratie und Parteikommunismus von entscheidender Bedeutung, dass die Mehrheit der Linken schon in der Ära Brandt-Schmidt der kapitalistischen Modernisierung offen in die Hände arbeitete, in SPD, DKP, den Gewerkschaften und so auch in den Staatsapparaten, und dass dieser Prozess viel schneller voranschritt als unserer. Auch hier ging es um die Zuspitzung einer aktuellen Auseinandersetzung, um den Versuch, eine fatale Entwicklung zu stoppen, und nicht um korrekte akademische Begriffe. Man kann das eine nicht vom andern, die Begriffe nicht von der Praxis trennen, die mit ihnen eröffnet oder verteidigt werden sollte.

Dann nehmen wir's doch mal von der Mitte her, Begriff und Praxis, und das heißt: Begriff und Gewalt.

Gewalt, das war und ist zuerst die herrschende Gewalt, unmittelbar in der Repression, mittelbar im Macht- und Ausbeutungsverhältnis selbst. Ihr setzten wir unsere Gewalt entgegen als das, was sich zugleich

dem Imperialismus und der Einholung in die Modernisierung entzog. Das bestimmte die 70er Jahre, von Seiten der gesamten Neuen Linken und von Seiten des Staates. 1977 war dann die äußerste Eskalation, von uns aus im Kampf um die Gefangenen und in der Niederlage in diesem Kampf, im Tod der Gefangenen, und vom Staat aus – das wird heute immer übersprungen, auch von vielen Linken! – im systematischen Angriff nicht nur auf die Guerilla, sondern auf den emanzipatorischen Prozess seit 1968, mithin auf die gesamte Gesellschaft.

Unser Ausgangspunkt war die Schwäche der Minderheitenposition, im Unterschied zu denen, die sich wie die meisten K-Gruppen und Spontis auf eine imaginierte Arbeiterbewegung bezogen. Nach der Eskalation von 1977 hat sich dann gezeigt, dass unsere Position realistischer war, jedenfalls in der Behauptung und Fortentwicklung einer radikalen Position. Denn binnen weniger Jahre gabelte sich die Linke endgültig in zwei Linien: einerseits bezogen sich Zehntausende aktiv oder passiv auf die Grünen und verengten ihren politischen Horizont Zug um Zug auf die Teilhabe an der staatlichen Macht, andererseits wuchs die Chance, dass sich die Guerilla, die weitere radikale Linke und die Militanz sozialer Bewegung verbinden würden. Das wurde in den 80er Jahren von immer mehr Leuten aufgegriffen, die ihre eigene Praxis ebenfalls mit Gewalt verteidigten, in den Häuserkämpfen und dort, wo die Anti-Atombewegung, die Bewegung gegen die Startbahn-West und die Bewegung gegen die Aufrüstung auch und gerade durch ihre Militanz gesellschaftlich relevant wurden. Darin sahen wir Momente einer sich bildenden kämpfenden Klasse im fortgesetzten Bruch mit den herrschenden Verhältnissen, und hier fiel der Gewalt eine entscheidende Rolle zu, weil sie die mögliche Gegenmacht exemplarisch zur Geltung brachte und die Vereinahmung zurückwies.

VOR uns die Sintflut...

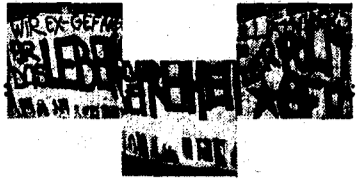


dann So Oder So lesen
- die Libertad-Zeitung -

Informationen über politische Gefangene und internationale Solidarität
in hoher Auflage - kostenlos - zum Verteilen

Post und Bestellungen an:
So oder So-Vertrieb, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt, eMail: vertrieb@libertad.de

<http://www.soederso.de>



Da ist meine historische Wahrnehmung etwas anders. Natürlich ist richtig, dass die Vereinnahmung großer Teile der Linken nach 1977 rasant voranschritt und sich die radikale Ablehnung des Bestehenden zunehmend auf die militante Linke beschränkte. Und trotzdem habe ich diese Zeit als die einer fortschreitenden Abkapselung des Linksradikalismus gegen die soziale Realität erfahren, als Prozess einer Selbstverhärtung der Guerilla, aber auch der Autonomen. Damit einher ging eine meinen politischen Intuitionen zuwiderlaufende Moralisierung des eigenen Handelns, die zur Selbstüberforderung und zugleich zur bigotten Verurteilung aller anderen führte. Das eine schlug beständig in das andere um, und die Gewalt schien mir dafür eher ein Katalysator zu sein, ein Reflex des Verlustes.

Das alles hat es gegeben, und es ist dabei zu furchtbaren Fehlern, auch zu Verrohung gekommen. Doch der zentrale Einwand, nach dem sich die Verfolgten und Unterdrückten durch ihre Gewalt den Verfolgern und Unterdrückern angleichen, trifft nie die soziale Praxis organisierter Gegengewalt als solche, sondern immer nur den einzelnen Fall, selbst wenn es sich dabei um viele „Fälle“ handelt und es nicht nur um individuelle Fehler geht. Unsere Gewalt war immer minoritär und damit von der Gewalt des Staates unterschieden, in quantitativer Hinsicht und, was wichtiger ist, in qualitativer Hinsicht, weil sie keine soldatische Praxis war. Das zeigte sich auch und gerade in der Gefangenschaft, in die ich mit vielen anderen GenossInnen kam, wo man schließlich mit dem Rücken zur Zellenwand steht und vor sich nur noch die Gewalt des Apparats hat. Wir definierten selbst das Gefängnis als Kampfplatz, erst zusammen mit den sozialen Gefangenen, dann im Kampf gegen die Sonderbedingungen und schließlich in der Verbindung mit den Kämpfen, die draußen gegen das Gefängnis geführt wurden. Diese Auseinandersetzungen waren ein wichtiger Teil der

Kämpfe, in denen Guerilla und soziale Militanz jedenfalls tendenziell eine Massenbasis gewinnen konnten, und der zentrale Punkt war immer, den Versuch des Staates zurückzuweisen, unserem Handeln die politische Dimension abzusprechen. Das führte bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein und markierte zugleich einen weiteren Bruch mit der Geschichte. Die kommunistische Linke definierte vor uns das Gefängnis als Ort, wo du „außerhalb“ des Klassenkampfes bist. Wir haben das Gefängnis selbst in Frage gestellt und diesen Kampf innen wie außen geführt, mit zunehmender Unterstützung von vielen tausend Menschen. Wir haben damit die theoretische und praktische Ablehnung des Bestehenden erweitert.

Selbstbezüglichkeit und Verhärtung hatten dabei nur insofern mit unserer Gewalt zu tun, als uns deren Veränderung misslang. Um noch einmal auf die erste Hälfte der 80er Jahre zurückzukommen: Es gab damals eine Verbreiterung der militanten Linken in Verbindung mit Bewegungen, die sich radikalisierten, und gleichzeitig wurden die herrschenden Verhältnisse umfassend modernisiert. Zugleich gab es die imperialistische Offensive auf Weltenebene, wo sich die Niederlage der Kämpfe im Süden und der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks bereits ankündigten. In dieser Situation – und das ist mein Punkt – wäre eine Neukonstituierung der antagonistischen Linken fällig gewesen, die diese drei Momente berücksichtigt hätte, ein Bruch, den wir, den die Autonomen, aber auch die sozialistischen, kommunistischen und sogar die reformistischen Linken hätten vollziehen müssen. Zu diesem Neuanfang ist es aber nicht gekommen, und daraus resultierte dann die Selbstverhärtung der Übriggebliebenen, aber auch die Korruption oder wenigstens Resignation zahlloser Linker. Wir reden hier ja schließlich von der Mehrheit der Generationen von 68 und 77.

Wie hätte ein solcher Neuanfang denn aussehen können?

Unsere Überlegungen kreisten damals um die Frage, wie der sich anbahnende Zusammenhang von Guerilla, der weiteren Linken und radikalisierten sozialer Bewegung organisiert werden könnte. Uns war klar, dass das weder von der Guerilla, noch in Form einer Partei und auch nicht durch die autonome Szenepolitik zu leisten war, dass man diese Formen gerade überwinden müsste. Solange eine Lösung nicht gefunden war versuchten wir, irgendetwas durchzuhalten, weiterzumachen, stets im Blick auf den nötigen Neuanfang. Als der dann ausblieb, verselbständigte sich das Durchhalten-Wollen, das war dann die Niederlage. Je länger man durchhielt, desto hohler wurde die eigene Position und auch die eigene Analyse.

Das endgültige Auskam in dem Augenblick, als sich ausgerechnet 1989, im Durchmarsch der kapitalistischen Modernisierung und des Imperialismus und zu einer Zeit, als die soziale Bewegung gegen Null ging, die Einschätzung ausbreitete, es sei nun eine neue Offenheit eingetreten, man müsse Gewaltverzicht leisten und mit der Staatsmacht verhandeln, um die Gefangenen, die nicht freizukämpfen waren, auf diesem Wege rauszuholen. Das hat unseren Prozess erledigt. Und wenn du von Selbstverhärtung und Abkapselung sprichst, dann bestimmte die zur selben Zeit auch die übrige Linke. Nimm doch nur mal die „Nie wieder Deutschland!“-Demonstration in Frankfurt 1991. Was dort als Neubeginn verkauft wurde war doch eine Bankrotterklärung: man hatte nichts mehr vorzubringen und feierte sich gerade dafür. Das ist der springende Punkt, für uns und für alle anderen Linken. Wer zum Bruch mit den Verhältnissen und zum Bruch mit dem eigenen Scheitern nicht mehr in der Lage ist, verbarrikadiert sich in der eigenen Marginalisierung. Die Antideutschen

haben das dann zum Beweis der eigenen Überlegenheit erhoben und paradoxerweise darin ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen gemacht.

Damit sind wir mitten in der Gegenwart. Du hast vom imperialen Durchmarsch Ende der 80er Jahre gesprochen, heute steht die US-Armee in Bagdad, morgen vielleicht in Damaskus. Sich dieser Militärmaschinerie bewaffnet in den Weg stellen zu wollen ist offensichtlich ein hoffnungsloses Unterfangen. Und doch hat Al Qaida gezeigt, dass die USA angreifbar geblieben sind. Allerdings kann der Gewalt des 11. September kein emanzipatorischer Gehalt mehr zugeschrieben werden.

Schon im zweiten Golfkrieg, also bereits 1991, wurde klar, dass der „langandauernde Volkskrieg“ und die reale Möglichkeit einer „Einkreisung der Städte durch die Dörfer“ definitiv der Vergangenheit angehört. Der irakische Überfall auf Kuwait war reaktionär wie das Regime selbst und kein antiimperialistischer Akt, sowenig wie Jahre zuvor der sowjetische Einmarsch in Afghanistan. Die Pulverisierung zigtausender irakischer Soldaten durch das US-Militär war dann der grauenhafte Beweis für die völlige Umwälzung der internationalen Macht- und Gewaltverhältnisse. Seither sind die Länder des Südens und Ostens zu Orten eines unaufhörlichen Gemetzels, nicht enden wollender Mörder geworden, denken wir an Ruanda, an Angola, an den Kongo, aber auch an Jugoslawien oder an Grosny. Auch das ist die Vorgeschichte des 11. September, der dann tatsächlich wieder einen Einschnitt markiert. An diesem Tag hat „der Süden“ zwar erstmals wieder „den Norden“ angegriffen, und tatsächlich demonstriert Al Qaida die Verwundbarkeit des Imperialismus. Aber das Szenario hat mit der Konstellation der „Dörfer“ und der „Städte“ nichts mehr zu tun. Diese Konstellation artikulierte eine bestimmte historische Form des globalen Klas-

senwiderspruchs, und der spielt für Al Qaida keine Rolle, das zeigt die Aktion des 11. September, die auch deshalb reaktionär war, weil sie sich unterschiedslos gegen einen sozial homogenisierten „Feind“ richtete. Und das in einer Situation, in der gerade in den Metropolen erstmals wieder eine Bewegung entsteht, die den internationalen Zusammenhang denkt und nicht metropolenzentristisch handelt. Der globale Klassenwiderspruch ist also nicht erledigt, sondern bildet im Norden wie im Süden noch immer den Ausgangspunkt emanzipatorischer Politik, in Fronten, die heute viel verschlungener sind als im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts, weil wir jetzt den Süden im Norden und den Norden im Süden finden. Insofern geht es heute, wenn auch unter völlig veränderten Bedingungen, noch immer darum, den Klassenkampf freizukämpfen. ...

Andreas-Thomas Vogel lebt in Frankfurt/Main und arbeitet in der bundesweiten Initiative Libertad!, die u.a. 2001 die Online-Demonstration gegen die Lufthansa mit organisierte.

Er war Mitglied der Bewegung 2. Juni und deswegen 10 Jahre in Isolationshaft. Innerhalb der Guerillaorganisation trat er für die Einheit der bewaffneten Linken und den Zusammenschluss von Bewegung 2. Juni und Rote Armee Fraktion 1980 ein.

Mit Andreas-Thomas Vogel sprach Thomas Seibert.

27.6.93 | 10 jahre tod von wolfgang grams
glaubt den lügen der mörder nicht | 27.6.03

BEEFREIUNG

REPRESSION

SOLIDARITÄT

www.badkleinen.tk
www.badkleinen.de.vu